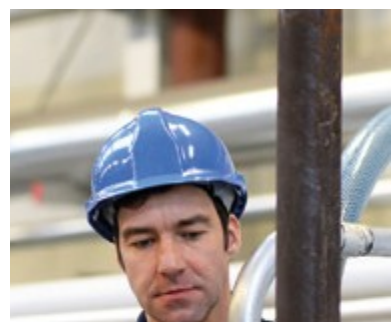




Der Rahmen für erfolgreiches Unternehmertum

Unsere Positionen zur Kommunalpolitik





Impressum

Herausgeber:



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg
Kurfürstenstraße 9
34117 Kassel
Tel.: 0561 7891-0
Fax: 0561 7891-290
info@kassel.ihk.de
www.ihk-kassel.de

Regionalausschuss Marburg

Realisation | Gestaltung:

Direktmarketing & mehr, Gerrett Siebert | www.gerrett.de
bindbeutel grafikdesign | www.bindbeutel.de

Fotos Cover:

Fachwerkgebäude in Nordhessen: © Frofoto
Monteur in der Industrie: © industrieblick | Fotolia
Breitbandstecker mit Glasfaserkabel: © eeVl | Fotolia
Autobahn: © Jürgen Fälchle | Fotolia
Wegweiser Gewerbegebiet: © bluedesign | Fotolia

I | Vorwort



Jörg Ludwig Jordan



Peter Lather

Regionalausschuss Marburg

Den Rahmen für erfolgreiches Unternehmertum setzen: Empfehlungen und Lösungsansätze der Wirtschaft

Gewerbesteuern, Fachkräfte und Flüchtlinge, Verkehrs- und Breitband-Infrastruktur, interkommunale Zusammenarbeit sowie Mittelzentren und Altstädte – zu diesen fünf Handlungsfeldern bezieht die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg Stellung. Und diese kommunalpolitischen Positionen legen wir Ihnen vor, denn Sie gehören zu den relevanten Mitgestaltern der Wirtschaft in der Region.

Wir bieten Ihnen an, sich auf dieser Grundlage konstruktiv und kritisch mit uns auszutauschen. Im Altkreis Marburg hat derzeit das Mobilitätskonzept „Autonomes Fahren Marburg“ einen hohen Stellenwert. Ziel ist es, das erste innerstädtische Versuchsfeld für autonomes Fahren in Deutschland zu entwickeln.

Am Ende jedes Handlungsfeldes finden Sie den entsprechenden Ansprechpartner der IHK Kassel-Marburg, der gern den Kontakt für einen Dialog herstellt. Es würde uns freuen, bald von Ihnen zu hören.

Jörg Ludwig Jordan
Präsident der IHK Kassel-Marburg

Peter Lather
Vorsitzender Regionalausschuss Marburg



Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
I Vorwort	3
II Allgemeine Positionen	
1 Gewerbesteuer	5
2 Fachkräftesicherung und Flüchtlinge	6
3 Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrs- und Breitband-Infrastruktur	7
4 Interkommunale Zusammenarbeit	8
5 Sicherung der Mittelzentren und Erhalt der Altstädte	9
III Regionalausschuss Marburg	
6 Mobilitätskonzept der Zukunft: Autonomes Fahren Marburg	10

1 | Gewerbesteuer

So ist es – die aktuelle Situation

Kommunale Steuern und Abgaben spielen bei Standortentscheidungen eine große Rolle. Die Hebesätze der Gewerbesteuer in den Kommunen im Bezirk der Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg steigen kontinuierlich. Trotz konjunkturbedingt höherer Steuereinnahmen steigt der Durchschnittswert von Jahr zu Jahr. Im Jahr 2017 lag er bei 389 Prozent (+20,8 Prozent gegenüber 2010). Spitzenreiter war der Werra-Meißner-Kreis, bei dem sich der durchschnittliche Hebesatz seit 2010 um 28,6 Prozent erhöht hat. Die geringste Abweichung war mit + 14,3 Prozent im Landkreis Kassel zu verzeichnen.

Lediglich fünf der 130 Städte und Gemeinden haben seit 2010 den Gewerbesteuerhebesatz nicht verändert. Angesichts dieser teils massiven Erhöhungen der Gewerbesteuer sind die Grenzen der Belastbarkeit von Unternehmen inzwischen erreicht. Die Kammern werden im Vorfeld von Erhöhungen in der Regel nicht angehört.

Entwicklung des durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatzes in den Landkreisen von 2010 bis 2017

Landkreis	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	Veränderung in %
Hersfeld-Rotenburg	324	328	332	360	366	377	383	389	+ 20,1
Kassel (mit Stadt Kassel)	356	362	368	375	386	396	397	407	+ 14,3
Altkreis Marburg	317	319	323	363	370	372	376	377	+ 18,9
Schwalm-Eder	322	338	352	367	376	383	385	386	+ 19,9
Waldeck-Frankenberg	299	305	311	316	332	348	365	368	+ 23,1
Werra-Meißner	318	328	326	376	388	404	410	409	+ 28,6

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Steuererhöhungen sind ungeeignet, um strukturelle Haushaltsprobleme zu lösen. Kurzfristig mögen sie Geld in die Kassen spülen. Mittel- und langfristig führen Steuerhebesatzänderungen aber zu einer Erosion der wirtschaftlichen Basis von Städten und Gemeinden und wirken damit standortschädigend. Firmen könnten abwandern und für die Region wichtige Arbeitsplätze mitnehmen. Zu berücksichtigen ist, dass Standorte heute mehr denn je nicht nur auf Hessen- oder Bundesebene, sondern auch auf internationaler Ebene im Wettbewerb stehen.

- Statt mit Steuererhöhungen begegnen die Kommunen ihrer sicherlich zum Teil schwierigen Finanzsituation eher mit Einsparungen auf der Ausgabenseite. Dort werden alle Möglichkeiten genutzt, die eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit bietet.
- Jede einzelne Kommune prüft zudem, ob die Hebesätze der Gewerbesteuer auf kurze oder mittlere Sicht wieder gesenkt werden können. Dadurch bleiben die Standorte Nordhessen und Marburg attraktiv.
- Die finanzielle Basis der Kommunen wird durch Neuansiedlungen und Gründungen gestärkt.
- Die Industrie- und Handelskammern erhalten vor Erhöhungen des Gewerbesteuerhebesatzes die Möglichkeit zur Stellungnahme.



Ihr Ansprechpartner:

Carsten Heustock | Tel. 0561 7891-277 | E-Mail: heustock@kassel.ihk.de



2 | Fachkräftesicherung und Flüchtlinge

So ist es – die aktuelle Situation

Der Bezirk der IHK Kassel-Marburg ist mit den Oberzentren Kassel und Marburg eher ländlich geprägt. Eine Bevölkerungsvorausschätzung für Hessen und seine Regionen, die die Hessenagentur 2015 veröffentlicht hat, prognostiziert für alle nordhessischen Landkreise bis 2050 sowohl eine deutliche Verringerung als auch eine Alterung der Bevölkerung. Die Abwanderung junger qualifizierter Menschen bei gleichzeitiger Überalterung der Belegschaften kann für ansässige Unternehmen zum existenziellen Problem werden. Das Thema Fachkräftesicherung ist noch nicht auf breiter Ebene verankert.

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Menschen aller Altersgruppen, insbesondere die junge Generation, nehmen die Städte und Gemeinden der Region als attraktiven Wohn- und Arbeitsort wahr.

- Generell sind sich die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene der Tatsache bewusst, dass das Thema Fachkräftesicherung für Unternehmen immer wichtiger wird.
- Die Zusammenarbeit von kommunalpolitisch Verantwortlichen und lokaler Unternehmerschaft zu den Themen Fachkräftesicherung sowie Aus- und Weiterbildung wird enger und konstruktiver. Zum einen werden Marketingstrategien auf regionaler Ebene (kommunaler Ebene) verbessert. Zum anderen tragen die Betriebe dazu bei, Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote für die unterschiedlichen Zielgruppen wesentlich präsenter zu machen.
- Die Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden weiter optimiert. Die Betreuungsinfrastruktur in Kitas und Schulen muss in zeitlicher Hinsicht ausgebaut werden, um den Mobilitätsanforderungen zwischen Wohn- und Arbeitsort gerecht zu werden.
- Bildungsangebote für alle Altersgruppen sind wichtig. Bedarfsgerechte Angebote, die den Zugang zum Arbeitsmarkt für die unterschiedlichen Zielgruppen (Schüler, Studierende, Wiedereinsteiger, Menschen mit Migrationshintergrund, Ü-50-Jährige etc.) erleichtern, werden ausgebaut. Besonders im Fokus steht das Übergangsmanagement Schule-Beruf. Das Thema muss generell gestärkt und in enger Kooperation mit der Wirtschaft und den Trägern behandelt werden.
- Die Integration geflüchteter Menschen kann nur in enger Zusammenarbeit von Kommunen und Wirtschaft gelingen. Bildungsketten ohne Parallelstrukturen müssen aufgebaut werden. Am Anfang stehen Kompetenzfeststellungsverfahren, die möglichst in den Gemeinschaftsunterkünften erfolgen. Eine enge Kooperation von Betreuungskräften und Integrationsmanagern mit der regionalen Wirtschaft befördert die Arbeitsmarktintegration der geflüchteten Menschen. Die IHK Kassel-Marburg unterstützt in diesem Prozess die Unternehmen, die Ausbildungsplätze oder Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten, und versteht sich als Partner der kommunalen Akteure.



Ihre Ansprechpartnerin:

Dr. Roswitha Wöllenstein | Tel. 0561 7891-311 | E-Mail: woellenstein@kassel.ihk.de

3 | Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau der Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur

So ist es – die aktuelle Situation

Insbesondere ländliche Teile des IHK-Bezirks sind nicht gut an das internationale Straßenfernverkehrsnetz angeschlossen. Vor allem in Waldeck-Frankenberg stellt sich die Situation schwierig dar. Kein anderer Landkreis des Kammerbezirks ist, abgesehen vom nördlichen Teil, vergleichbar weit vom nächsten Autobahnanschluss entfernt. In einzelnen Fällen fehlen Ortsumgehungen und Verbindungen mit entlastender und erschließender Wirkung wie eine Nordumgehung um Kassel.

An die schnellen Verbindungen auf der Schiene sind Kassel über den ICE-Halt und den GVZ-Umschlagbahnhof sowie Bad Hersfeld über den ICE-Halt angeschlossen. An der Main-Weser-Bahn werden Wabern, Treysa und Marburg über Inter-City-Züge bedient, ohne jedoch gut eingetaktet zu sein.

Der Status des Breitbandnetzes als Basis einer zunehmend digitalen Wirtschaft entspricht in vielen ländlichen Regionen nicht den Anforderungen, die Unternehmen, Bürger und Gäste an diese Basisinfrastruktur stellen.

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Über die möglichst schnell fertiggestellten Autobahnen A 44 und A 49 sind der Werra-Meißner-Kreis, der Schwalm-Eder-Kreis und Marburg gut an das internationale Autobahnnetz angebunden. Im A 4-Korridor zwischen Kreuztal und dem Hattenbacher Dreieck werden über die B 508n der Raum Frankenberg, der Schwalm-Eder-Kreis und Marburg mit einer kreuzungsfreien Bundesstraße erschlossen. Im Norden Kassels besteht eine Verbindung zwischen der A 7, dem Flughafen und der A 44.

Neben den ICE-Strecken werden sowohl auf der Main-Weser-Bahn als auch auf der Mitte-Deutschland-Schienenverbindung schnelle, gut getaktete Fernverkehrsverbindungen angeboten. Das GVZ Kassel wurde der steigenden Nachfrage angepasst.

Die von Unternehmen und Kommunen realisierten Breitbandnetze werden nach dem flächendeckenden Ausbau inklusive der Gewerbegebiete mit Blick auf FTTH (Fiber to the Home) zügig weiterentwickelt.

■ Alle planerischen Engpässe bei Straßenbauprojekten werden beseitigt. Das ÖPP-Teilprojekt zur A 49 wird unter Einbeziehung der mittelständischen Bauwirtschaft vorangetrieben. Ein Konsens zur durchgängigen Realisierung der B 508n wird entwickelt und in die Planung des Bundes aufgenommen. Entlang der Schienenstrecken wird analysiert, welche Verbindungen zu welchen Zeiten für die potenziellen Nutzer attraktiv sind, um entsprechende Angebote zu entwickeln.

■ Zur Umsetzung von FTTH-Anschlüssen werden aufbauend auf Erfolgen privater und kommunaler Anbieter (Breitband Marburg-Biedenkopf GmbH und Breitband Nordhessen GmbH) alle Vorbereitungen zur zeitnahen Verlegung auf den letzten Metern von den Verteilern getroffen. Finanzierungsmodelle für FTTH-Anschlüsse in den Gewerbebetrieben und Wohngebieten werden entwickelt.



Ihr Ansprechpartner:

Ulrich Spengler | Tel. 0561 7891-272 | E-Mail: spengler@kassel.ihk.de



4 | Interkommunale Zusammenarbeit

So ist es – die aktuelle Situation

Im Bezirk der IHK Kassel-Marburg gibt es 130 Kommunen sehr unterschiedlicher Größe. Das Aufgabenspektrum ist breit und reicht von Kultur, Wirtschaftsförderung und Bauleitplanung über Brand- und Katastrophenschutz, Gemeindestraßenbau, ÖPNV, Abwasserbeseitigung, Wasser- und Energieversorgung bis hin zu Kindertagesstätten sowie Sicherheits- und Ordnungsverwaltung.

Da gleichzeitig der Druck auf die Kommunen wächst, ausgeglichene Haushalte vorzulegen und Schulden abzubauen, werden seit Langem Wege gesucht, Kosten zu senken. Trotzdem versuchen noch immer viele Kommunen, möglichst viele Themen mit einer kleinen Verwaltung in eigener Regie zu bearbeiten. Durch die immer komplexeren Regelungen wird es jedoch schwierig, das Niveau der Dienstleistungen zu halten, wie dies oft den größeren Städten und Landkreisen mit ihrer differenzierteren Personalstruktur gelingt.

Im Bereich der Ausweisung von Gewerbe- und Neubaugebieten gibt es neben interkommunalen Projekten zahlreiche örtliche Aktivitäten. Neubaugebiete und Sondergebiete für Handel werden realisiert, auch wenn gleichzeitig Ortskerne unter Druck geraten und Gefahr laufen, ihre Attraktivität zu verlieren.

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Insbesondere die kleinen Kommunen arbeiten intensiv zusammen, um neben der Grundversorgung Know-how zu Spezialthemen aufzubauen und interkommunal Dienstleistungen auf hohem Niveau effizient und kostengünstig anzubieten.

■ Die Kommunen definieren nach genauer Analyse die Aufgaben, die gemeinsam besser und günstiger erledigt werden können. Auf dieser Basis bilden sich aufgabenbezogen sinnvolle Einheiten, die den Spagat zwischen Effizienz, Kompetenz und Bürgernähe am besten bewältigen. Best-Practice-Beispiele werden im Rahmen der Bürgermeister-Dienstversammlungen regelmäßig kommuniziert.

■ Gleiches gilt für die räumliche Entwicklung der Kommunen bei Wohn-, Sonder- und Gewerbegebieten. Gewerbegebiete werden in der Regel übergreifend strategisch geplant und interkommunal nur noch an den Standorten entwickelt, die sich laut einer Standortanalyse am besten vermarkten lassen. Wohngebiete und Sondergebiete für Handel werden in Absprache so ausgewiesen, dass in Anbetracht des demografischen Wandels keine Überangebote zu Lasten der Kommunen entstehen und die Ortskerne weiterhin ein möglichst komplettes Sortiment anbieten, das den Handels- und Dienstleistungsstandort sichert. Die Diskussion um die Ausweisung von Sondergebieten für Handel wird daher immer unter starker Einbeziehung der Themenkomplexe Innenstadtentwicklung und Attraktivitätssteigerung von Ortskernen geführt.



Ihr Ansprechpartner:

Ulrich Spengler | Tel. 0561 7891-272 | E-Mail: spengler@kassel.ihk.de

5 | Sicherung der Mittelzentren und Erhalt der Altstädte

So ist es – die aktuelle Situation

Außerhalb der Oberzentren Marburg und Kassel sind es vor allem Mittelzentren wie Eschwege, Korbach und Hofgeismar, die die wesentlichen Funktionen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gütern des täglichen Lebens sowie mit privaten und öffentlichen Dienstleistungen anbieten und somit als Einkaufstandorte attraktiv sind.

Auch die Ensembles an Fachwerk- und Barockgebäuden machen die Ortskerne attraktiv. Zunehmend gibt es jedoch Beispiele dafür, dass die Altstädte ihre Bedeutung als Gastronomie- und Einkaufsstandort verlieren.

Einige der Mittelzentren leiden zudem unter einer eingeschränkten Anbindung an das Verkehrsnetz auf der Straße und der Schiene sowie unter einer nicht ausreichenden Breitbandversorgung.

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Unternehmen aus dem Übernachtungsgewerbe und der Gastronomie sorgen für ein ansprechendes Angebot. Gemeinsam mit den Handels- und Dienstleistungsunternehmen bilden sie die funktionale Basis dafür, dass ein Ort als Wohn-, Arbeits- und Freizeitstandort interessant bleibt. Die Innenstädte werden in ihrer Altbausubstanz gut erhalten und in ihrer Funktion als Handel- und Dienstleistungsstandort gefördert. Die Konzentration auf die Innenstadt als Wohn-, Gastronomie- und Handelsstandort stellt soweit wie möglich sicher, dass ein Einkaufserlebnis geschaffen wird. Damit kann sich der klassische Handel – ohne dabei die Absatzwege des Internets zu vernachlässigen – besser neben dem Onlinehandel behaupten.

Die Mittelzentren sind gut an das überörtliche Verkehrsnetz angebunden und über öffentliche Verkehrsmittel mit guter Taktung mit ihrem Umland verknüpft.

■ Die Mittelzentren müssen in den Fokus der Stadt- und Regionalplanung rücken. Es gilt, Strategien zu entwickeln, um die Altbausubstanz mit den Anforderungen des modernen Handels zu vereinbaren. Durch eine innenstadtorientierte Bauleitplanung werden kleine Dienstleistungs- und Einzelhandelsgeschäfte in den Ortskernen gehalten und angesiedelt sowie einzelne, gebäudeübergreifende, großflächige Lösungen gefördert. Gleichzeitig müssen Anreize für die Bevölkerung geschaffen werden, statt in einen Neubau in bestehende Fachwerk- oder Barockgebäude zu investieren. Bürgerliches Engagement zur Pflege und Weiterentwicklung in Richtung zeitgemäßer Nutzung alter Bausubstanz sollte kommunal unterstützt werden. Nicht mehr zeitgemäße Infrastrukturangebote müssen gerade in den kleinen Ortsteilen auf den Prüfstand gestellt werden.

■ Für eine gute Erreichbarkeit müssen nicht fertig gestellte und geplante Verkehrsachsen zügig realisiert werden. Ebenso sollte die Anbindung der Mittelzentren an die großen Verkehrsachsen und an die ÖPNV-Angebote optimiert werden.



Ihr Ansprechpartner:

Oliver Stöhr | Tel. 0561 7891-322 | E-Mail: stoehr@kassel.ihk.de



6 | Regionalausschuss Marburg

Mobilitätskonzept der Zukunft: Autonomes Fahren Marburg

So ist es – die aktuelle Situation

Die Universitätsstadt Marburg befindet sich schon seit Jahren in einer herausfordernden Situation hinsichtlich der Bewältigung des Straßenverkehrsaufkommens. Dies wird verschärft durch die Parkplatzproblematik und ein außergewöhnlich hohes Pendelaufkommen zwischen der Innenstadt und den außenliegenden Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorten (zum Beispiel Lahnberge, Pharmastandort) – Prognose: weiter steigend. Folglich nehmen auch Lärmbelastung und Umweltverschmutzung zu.

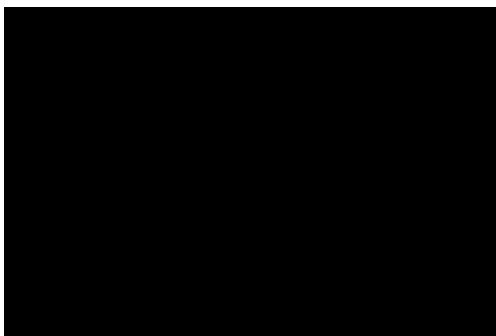
Gleichzeitig verändern sich die Formen der Mobilität, aber auch die Nutzungsmodelle in der Zukunft signifikant. Neue Infrastrukturen wie beispielsweise eine Seilbahn, eine Straßenbahn oder andere öffentliche Nahverkehrsmittel erfordern außerordentlich hohe Investitionen und werden voraussichtlich nicht vor 2030 umgesetzt sein. Zudem ist fraglich, ob mit solchen starren Konzepten dem zukünftigen Bedarf an hochflexiblen, effizienten und skalierbaren Mobilitätslösungen ausreichend Rechnung getragen wird.

So sollte es sein – unser Lösungsansatz

Zunehmende, sich verändernde Mobilitätsansprüche der Menschen und die Notwendigkeit ganzheitlicher Verkehrssteuerungskonzepte in den wachsenden Städten bei gleichzeitiger Integration der ländlichen Regionen erfordern ein Umdenken.

Politik, Wirtschaft und Gesellschaft unterstützen die Idee eines vollautonomen Mobilitätskonzepts für Marburg. Ziel ist es, das erste bundesdeutsche innerstädtische Versuchsfeld für autonomes Fahren in Deutschland zu entwickeln. Gleichzeitig sollen neue Geschäftsmodelle, die mit den damit verbundenen Technologien ermöglicht werden, erforscht und in Form von Pilotprojekten erprobt werden.

In der ersten Konzeptstufe fahren autonome Fahrzeuge vom Marburger Hauptbahnhof einem sogenannten Paternosterprinzip folgend im Kreisverkehr auf die Lahnberge und zurück. Die Fahrzeuggrößen variieren nach Bedarf, gleiches gilt für die Fahrzeuganzahl auf der Strecke. Das Projekt wird von den mittelhessischen Universitäten und der Technischen Hochschule Mittelhessen wissenschaftlich begleitet.



Marburg als Modellregion für die Entwicklung des autonomen Fahrens macht die Region bundesweit als Innovationsregion bekannt. Aus der Universität und dem Projekt entwickelt sich eine zukunftsorientierte Gründerszene. Hochinnovative Unternehmen mit einer Vielzahl von Arbeitsplätzen siedeln sich an.

Vollautonomes Fahren ist keine Fiktion. Die ersten vollautomatischen Fahrzeuge sind für das Jahr 2020 angekündigt.

Foto: Autonomes Fahren Marburg

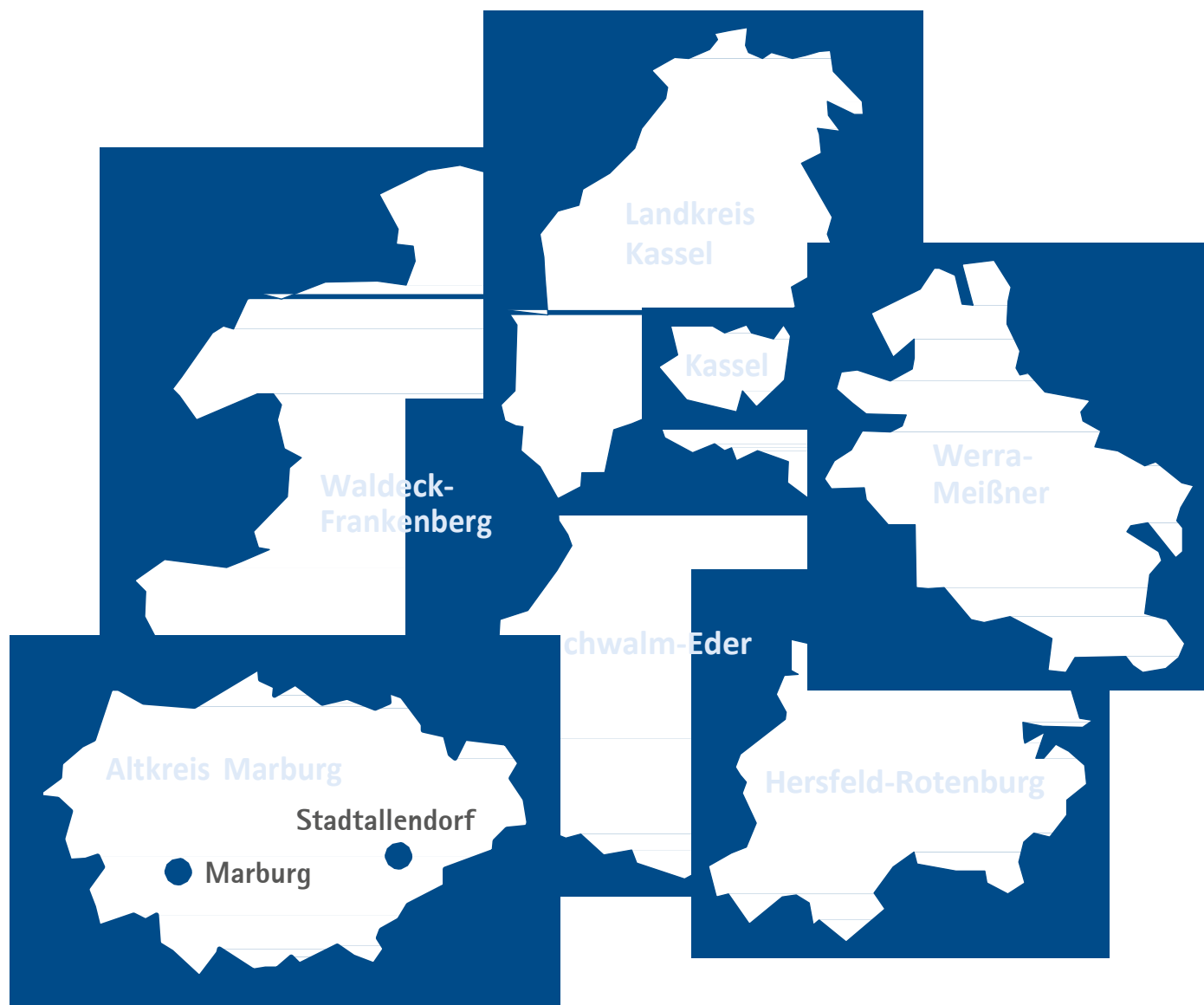


Ihr Ansprechpartner:

Thomas Mady | Tel. 06421 9654-30 | E-Mail: madry@kassel.ihk.de

Der Bezirk der IHK Kassel-Marburg

Altkreis Marburg





Industrie- und Handelskammer Kassel-Marburg

Kurfürstenstr. 9

34117 Kassel

Tel.: +49 561 7891-0

Fax: +49 561 7891-290

E-Mail: info@kassel.ihk.de

www.ihk-kassel.de



Industrie- und Handelskammer
Kassel-Marburg

Wirtschaft
DIGITAL